

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

7.2.1931 (No. 32)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Ständeanzeiger:
Chefredakteur
C. M. v. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM., einj. 32,50 RM., einj. 32,50 RM., einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen 50% Rabatt, bei Abbestellung 25% Rabatt. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abbestellung, Zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Die badischen Viehbestände Ende 1930

W. A. Nach den Ergebnissen der Viehzählung vom 1. Dezember 1930 in Baden beträgt die Zahl der Pferde 66 949, die des Rindviehs 640 178, der Schweine 578 445, der Schafe 38 500, der Ziegen 108 089, des Federviehs 3 303 441 und der Bienenstöcke 122 108. Gegenüber der Zählung vom 2. Dezember 1929 sind die Pferde-, Schweine-, Schafe- und Ziegenbestände zurückgegangen, die Rindviehbestände, das Federvieh und die Bienenstöcke haben zugenommen.

Im einzelnen zeigt sich, daß die Rindviehbestände sich gegenüber dem Vorjahre um 13 233 Stück (2,1 v. H.) vermehrt haben. Da sich die Zunahme auf alle Bezirke des Landes erstreckt, darf man annehmen, daß die Verluste, die die Rindviehbestände durch den Futtermangel infolge der Trockenheit des Jahres 1929 erlitten haben, durch die gute Futterernte des vergangenen Jahres wenigstens einigermaßen ausgeglichen werden konnten. Die Schweinebestände sind im Jahre 1930 durch 3 Zwischenzählungen im März, Juni und September beobachtet worden. Gegenüber der letzten Vierteljahreserhebung ist die Zahl der Schweine um 17 937 Stück (3,0 v. H.) gestiegen, sie ist aber immer noch um 112 137 Stück größer als Anfangs Dezember 1929. Innerhalb der letzten 3 Monate zeigen die Schweinebestände bei den einzelnen Altersklassen beachtenswerte Verschiebungen. Die Zahl der Ferkel und Jungschweine ist um rund 34 000 Stück, d. h. ungefähr ein Zehntel, kleiner geworden. Die badischen Landwirte scheinen sich die Mahnungen, in ihrer Schweinehaltung größte Zurückhaltung zu üben, zu Herzen genommen zu haben. Für die schon längst geforderte Umstellung auf das leichte Fleischschweine sind dagegen nur geringe Anzeichen vorhanden, denn die Zahl der Mastschweine im Alter von 1 Jahr und darüber hat sich mehr als verdoppelt. Von diesen schweren Mastschweinen kommen allerdings nur wenige an den Markt, der größte Teil wird für den eigenen Hausgebrauch geschlachtet. Hinsichtlich der Pferdebestände ist zu bemerken, daß der langsame Rückgang, der schon im Jahre 1929 und früher zu beobachten war, auch im Jahre 1930 angehalten hat. Die Zahl der Pferde hat sich im Berichtsjahr um 1183 Stück (1,7 v. H.) verringert. Erfreulich ist aber die Tatsache, daß rein landwirtschaftliche Bezirke, wie z. B. Wehrhahn, Rullendorf, Mühlheim, Sinsheim, Buchen, Adelsheim, Tauberbischofsheim u. a., vom Rückgang nicht betroffen sind. Die Zahl der Ziegen ist um 3292 Stück (3,0 v. H.), die der Schafe um 2418 Stück (5,9 v. H.) gestiegen. Die Bestände an Hühnern befinden sich demgegenüber seit einer Reihe von Jahren in einer ständigen Aufwärtsbewegung; die Gesamtzahl des Federviehs ist im Jahre 1930 um 164 528 Stück (5,2 v. H.) gegenüber der Zählung vom 1. Dezember 1929 gestiegen. Nach der letzten Erhebung beträgt die Zahl der Gänse 91 766, die der Enten 12 972 und die der Hühner 3 188 718 Stück. Die Läden in den Bienenbeständen, die Krankheiten und Seuchen geschlagen haben, konnten auch im vergangenen Jahre wieder wesentlich ausgebessert werden. Die Zahl der Bienenstöcke ist um 18 650 (18,0 v. H.) angewachsen; mit dieser erneuten Zunahme hat der heutige Bestand eine Höhe erreicht, die während der letzten 50 Jahre nur im Jahre 1912 übertroffen wurde.

Die Separatistenverhaftungen in der Pfalz Die Regierung und die Ortswehren

bl. Kaiserslautern, 7. Febr. (Tel.) Wie wir zu den aufsehenerregenden Verhaftungen weiter hören, erfolgten diese auf Grund der Ergebnisse von Hausdurchsuchungen, die bei den Separatisten vorgenommen wurden und stark belastendes Materialutage förderten. Das bisher sicherstellte Material ist dem Oberstaatsanwalt übergeben worden, der, wie wir weiter hören, beabsichtigt, Anklage wegen Hochverrats zu erheben. Verhaftet wurden insgesamt 9 Personen. Der Schifferstadter Weinbändler May ist, wie weiter bekannt ist, auf Anordnung des Amtsgerichts Speyer wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Erhebungen werden eifrig fortgesetzt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die restlose Aufklärung noch manche Überraschung bringen wird.

Nach einer Meldung von anderer Seite, ist gestern eine weitere Verhaftung erfolgt, nämlich die des Separatisten Hemmer in Kaiserslautern. In der Angelegenheit selbst wird noch bekannt, daß von separatistischer Seite auch versucht worden war, junge Leute aus den verschiedensten Parteien, darunter auch der Nationalsozialisten, nach Metz zu locken, um dort angeblich in die Wohnung und die Büroräume des berüchtigten Separatisten Schlich einzudringen. Daß hinter dieser Geschichte eine Falle zu vermuten war, ist klar. Dank des raschen Eingreifens der Polizeibehörden, konnten neben Verhaftung der separatistischen Spionage auch diese Maßnahmen unterbunden werden.

In der Presse sind mehrfach Nachrichten über die Aufstellung von „Ortswehren in der Pfalz“ erschienen. Demgegenüber wird festgestellt, daß die bayerische Staatsregierung diesen Bestrebungen fernsteht, sie nicht anregert hat und weder selbst noch durch die Behörden begünstigt. Im übrigen besteht kein Anlaß zur Schaffung beratiger privater Einrichtungen, da die staatlichen Nachmittels auch in der Pfalz durchaus genügen, um Störungen der öffentlichen Sicherheit, woher immer sie kommen mögen, hintanzuhalten.

Die Fremdenlegion. In den letzten Wochen hat der „D. Allg. Ztg.“ zufolge, die Zahl der jungen Deutschen, die versuchen, die bayerische Grenze in der Südpfalz zu überschreiten, um sich zur Fremdenlegion anwerben zu lassen, wieder erheblich zugenommen. Allein im Bezirk Neulauterburg wurden im Monat Januar 29 junge Deutsche durch die Grenzpolizei zurückgehalten, als sie nach dem Elsaß fliehen wollten, um sich der Fremdenlegion anzuschließen.

Letzte Nachrichten

Die Abstimmung im Reichstag Die Mißtrauensvoten abgelehnt

W. B. Berlin, 7. Febr. (Tel.) In der heutigen Reichstagsitzung wurden die nationalsozialistischen und die kommunistischen Mißtrauensanträge mit 292 gegen 221 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Die Sitzung begann um 12 Uhr. Zunächst war die gestern wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses abgebrochene zweite Beratung des Etats der Reichskasse zu Ende zu führen und erst im Anschluß daran die Abstimmungen über die von den Nationalsozialisten beantragte Auflösung des Reichstags und über die Mißtrauensanträge.

Ferner steht die Reform der Geschäftsordnung auf der Tagesordnung; für diesen Gegenstand haben die Kommunisten und die Nationalsozialisten stärkste Opposition angekündigt. Man erwartet daher einen Antrag auf Abkehrung von der Tagesordnung, und, falls dieses abgelehnt wird, einen Antrag der Opposition unter Ausweisung der Beschlußfähigkeit. Da aber die anderen Parteien ihren Abgeordneten am heutigen Tage der Abstimmungen Fraktionszwang zur Pflicht gemacht haben, so dürfte das Haus ohne Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten beschlußfähig sein. Schließlich stehen aber noch hundert Fälle von Strafverfahren gegen Mitglieder des Reichstags zur Beratung.

Reichskulturtage der Deutschen Volkspartei

W. B. Berlin, 7. Febr. (Tel.) Im Festsaal des Preussischen Landtags begann heute die 7. Reichskulturtage der Deutschen Volkspartei. Der Führer der Partei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, erklärte, das deutsche Volk habe in den letzten zehn Jahren unter der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Aufbaus weber Ruhe noch Sammlung dafür gehabt, die notwendige kulturelle Grundlage zu schaffen. Hier liege eine Aufgabe des Liberalismus, die insbesondere auch dahin gehen müsse, das geistige Schaffen wieder zu erleben von seiner jetzigen Grundlage der Nützlichkeitseffekte oder engen Bedingungsabhängigkeit. Der Liberalismus müsse gegen den andrängenden Volksegoismus sich wenden. Der frühere preussische Kultusminister Blich sprach über „Grundfähliches zur Kulturlage der Gegenwart“.

Eine englische Rundgebung zur Reparationsfrage

W. B. London, 7. Febr. (Tel.) Eine Anzahl jüngerer Liberaler, darunter drei Parlamentsmitglieder, treten mit einem Manifest an die Öffentlichkeit, in dem sie fordern, daß die Regierung zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Depression einen auf wissenschaftlichen Grundlagen aufgestellten Notplan aufstelle. Vor allem wird in dem Manifest zum Ausdruck gebracht, daß die Zahlung von Reparationen und Schulden an Amerika eine Verzerrung des internationalen Handels und Handelsverursache. Für solche Schulden verlangt das Manifest ein Moratorium, bis die inneren Ausbaupläne durchgeführt seien, und für ihre spätere Abdeckung eine Leistung in Form von Waren.

Stilllegungen in der Braunkohlenindustrie

W. B. Wüstenberg (Kreis Liebenwerda), 7. Febr. (Tel.) Da der Absatz der Braunkohlenbräunerei trotz der winterlichen Kälte noch mehr zurückgegangen ist und fast ganz stockt, sieht sich die Braunkohlen- und Krieksteinindustrie AG. (Wubitz) genötigt, den gesamten Gruben- und Abraumbetrieb in Klein-Beipisch stillzulegen. Sie hat, vorbehaltlich der Zustimmung des Demobilisierungskommissars, allen Belegschaftsmitgliedern zum 14. Februar gekündigt. Außerdem hat sie ins Auge gefaßt, in ihren anderen Betrieben für die Zukunft nur noch an zwei Tagen der Woche arbeiten zu lassen, während bisher wenigstens an drei Tagen noch gearbeitet wurde. Von den Entlassungen werden mehrere hundert Arbeitnehmer betroffen.

Die heimgekehrten Jüder

W. B. Bombay, 7. Febr. (Tel.) In einer Erklärung gaben die von der Bombayer Konferenz in Bombay eingetroffenen indischen Delegierten der Ansicht Ausdruck, daß der Erreichung des Dominion-Status keine Hindernisse weiter in den Weg gelegt werden. Die Delegierten glauben, daß die Vorbehalte den Gedanken, die politische Macht in indische Hände übergehen zu lassen, nicht beeinträchtigen werden.

Drohende Getreideknappheit in Amerika

W. B. Washington, 7. Febr. (Tel.) Der Leiter des Bundeslandwirtschaftsamtes erklärte, es sei durchaus möglich, daß Getreideknappheit eintrete, wenn die Trockenheit anhalte. Der Abschluß vom letzten Jahre betrage nur 40 Proz. des normalen Bedarfs, und die Lage im Getreidegebiet des mittleren Westens sei im allgemeinen bedenklich.

Die Arbeitslosigkeit in Österreich. Im Januar wurden in Österreich insgesamt 331 239 unterfüßte Arbeitslose gezählt. Davon entfallen auf Wien 116 905.

* Zur politischen Lage

Kanzler und Parlament

Wenn der Reichskanzler vorgestern in seiner Rede vor dem Parlament mit allem Nachdruck die rechtzeitige Erledigung des Etats bis zum 31. März gefordert hat, wird er sich von vornherein darüber klar gewesen sein, daß Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten bei ihrer oppositionellen Haltung beharren und den Etat ablehnen bzw. seine Beratung erschweren werden. Wie schon Ende des vorigen Jahres, müßten dann außer den im Kabinett vertretenen Parteien alle übrigen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie für den Etat eintreten. Es wird also praktisch darauf ankommen, welche Haltung die Sozialdemokraten, das Landvolk, die Christlich-Sozialen und die Wirtschaftspartei einnehmen. Man hat vorgestern und gestern im Reichstag den Eindruck gewinnen können, daß die Aussichten für die Reichsregierung nicht ungünstig sind.

Kabinett und Außenpolitik

Bereits vorgestern hat sich der Reichskanzler zur Frage der Revision des Youngplanes geäußert. Er hat dann betont, daß man über das Thema noch bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes Näheres zu sagen haben werde. Jedenfalls weiß die Öffentlichkeit nunmehr, daß die deutsche Reichsregierung aktiv, auf der Basis ganz bestimmter Forderungen, vorgehen wird.

Selbstverständlich ist es nicht allein die Revision des Youngplanes, welche das Kabinett außenpolitisch zu beschäftigen hat, sondern auch die Frage der Revision der Ostbestimmungen des Friedensvertrages von Versailles. Wir haben mit dem größten Unmut feststellen müssen, daß der polnische Nationalismus sich um die Beschlüsse im Genf durchaus nicht kümmert hat, ja diese Beschlüsse mit offenkundigem Hohn behandelt. Und auch der polnische Außenminister hat, aus Genf zurückgekehrt, in seiner Heimat die Vorgänge vor dem Völkerbund in einer Weise darzustellen beliebt, die man schon nicht mehr „subjektiv“ nennen kann. Nach dieser Darstellung muß der polnische Bürger zu dem Glauben gelangen, daß alles in bester Ordnung sei, und daß auf polnischer Seite nur einige ganz geringfügige Fehler begangen worden sind, über die zu reden sich eigentlich gar nicht lohnt.

Das ist eine unangebrachte Art, ernste Dinge zu behandeln. Wenn man im Auslande hier und da vielleicht glaubt, daß Deutschland und seine Regierung sich damit abfinden werden, dann irrt man sich sicherlich. Das Reichskabinett wird im Rahmen einer durchaus friedlichen und versöhnlichen Gesamtpolitik aktiv bleiben und mit Entschiedenheit und Beharrlichkeit darüber wachen, daß wir in unseren Rechten nicht gekränkt werden.

Änderung der Geschäftsordnung im Reichstag

Die bedeutungsvollste Bestimmung der heute zu erledigenden Geschäftsordnungsreform im Reichstag ist zweifellos diejenige, die sich auf Anträge aus dem Hause bezieht, welche neue Ausgaben vorsehen. In Zukunft sollen neue Ausgaben nur unter ausdrücklicher Zustimmung der Reichsregierung beschlossen werden können, und auch nur dann, wenn gleichzeitig die Antragsteller die entsprechende Deckungsvorlage mit ihrem Antrag einreichen. Die übrigen Bestimmungen der Reform beziehen sich auf die Behandlung von Vertrauens- und Mißtrauensanträgen, auf die Ergreifung der Disziplinarmaßnahmen durch den Präsidenten, auf die Zulässigkeit von Interpretationen und auf die Immunität der als verantwortlicher Redakteur zeichnenden Abgeordneten. In Zukunft sollen die Dinge so gehandhabt werden, daß eine Regierung ohne weiteres das Vertrauen des Parlaments besitzt, wenn es ihr nicht durch ausdrücklichen Beschluß entzogen wird. Es werden also künftighin überhaupt keine Vertrauensanträge gestellt werden, sondern nur noch Mißtrauensanträge. Ferner soll dafür nur das Plenum zuständig sein, nicht etwa ein Ausschuß.

Sehr wichtig ist die Bestimmung, daß ein die Immunität genießender Abgeordneter künftighin nicht mehr als verantwortlicher Redakteur einer Zeitung zeichnen darf. Damit wird eine alte Forderung erfüllt, die bei uns in Baden seinerzeit vor allem von Minister Dr. Kemme vertreten worden ist. Die bisherige Übung war allmählich zu einem wahren Unfug ausgeartet. Die radikalen Parteien ließen mit Vorliebe Abgeordnete, die ja immun sind, als verantwortliche Redakteure zeichnen. Und, wenn dann ein mit wüsten Beschimpfungen gepickter Artikel in dem

betreffenden Blatt erschien, konnte der betreffende Redakteur nicht gefast werden.
Angehts all der schönen und erfreulichen Beschlüsse, die jetzt im Reichstag gefast werden, muß man nur das eine bedauern, daß sie nicht schon längst gefast worden sind. Man hätte sich damit viel Ärger erspart, und zumal unsere Finanzen würden sich in einem etwas anderen und zwar besseren Zustand befinden, wenn sich das Parlament von selbst immer nach dem Grundsatz gerichtet hätte, daß niemand eine Ausgabe beschließen darf, der nicht auch für die nötige Deckung sorgt.

Um eine vernünftige Sozialpolitik

Daß man auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik von den Erfahrungen der letzten 12 Jahre gelernt hat, beweisen die Ausführungen, die der Reichsarbeitsminister Stegerwald im Reichstag zur Lohnfrage gemacht hat. Seine Anschauungen decken sich vollkommen mit denen, die wir selbst kürzlich an dieser Stelle entwickelten. Stegerwald hat es als unmöglich bezeichnet, in der jetzigen Notzeit der Wirtschaft und angehts der großen Arbeitslosigkeit die bestehenden Löhne durch die Staatsmacht zu stabilisieren. Auch das staatliche Schlichtungswesen habe nur die Aufgabe, mäßigend und ausgleichend zu wirken; ein völlig freies Spiel der Kräfte sei unangebracht.

Die Auffassung der Reichsregierung geht also dahin, daß sich auch die Sozialpolitik nach der faktischen Lage der Wirtschaft zu richten hat, und daß die Löhne in Einklang mit dieser Lage stehen müssen. Praktisch bedeutet das natürlich die Anerkennung der Forderung nach vernünftiger Lohnreduzierung in solchen Betrieben und Wirtschaftszweigen, in denen sich eine Rentabilität bei den heutigen Löhnen nicht mehr erzielen läßt. Aber die Reichsregierung behält sich das Amt eines regulierenden Vermittlers dort vor, wo offensichtliche Überspannungen einer an sich berechtigten Forderung aufstehen, und wo ganz bestimmte Erzeugnisse staatspolitischer Art ein Eingreifen geboten erscheinen lassen.

Neues Aufleben des Separatismus?

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß sich angehts der Nöte der Zeit auch die separatistische Bewegung am Rhein wieder bemerkbar macht. Die in der Pfalz und im Rheinland zurückgebliebenen Separatisten stehen nach wie vor mit der Separatistenzentrale in Metz in Verbindung und haben in der letzten Zeit eine Tätigkeit entfaltet, die zu Verhaftungen in der Pfalz Anlaß gegeben hat. Doch sind die Artikel, die von einer großen und umfassenden Bewegung zu erzählen wissen, übertrieben. Zu Besorgnissen liegt überhaupt kein Grund vor. Auch die bayerische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß von einer irgendwie bedenklichen Aktion keine Rede sein könne. Dazu haben die Separatisten in der Bevölkerung selbst viel zu wenig Anhänger. Und schließlich hat die Regierung alle staatslichen Nachsmittel zur Hand, um sie sofort gegenüber separatistischen Störungsversuchen mit aller Energie einzusetzen.

Auch aus dem Saargebiet kommen Meldungen über das Treiben der Separatisten. Als Führer der dortigen Bewegung gilt ein Herr Griner, der nach der Räumung des Rheinlandes leider als Schulrat in den saarländischen Schuldienst übernommen wurde, nachdem er früher die französischen Unterrichtskurse in Trier geleitet hatte.

Zur Frage der Einbürgerung von Ausländern

Einen sehr dankenswerten Beschluß hat am Donnerstag der Reichsrat gefast, indem er für die Einbürgerung von Ausländern eine Reihe von Mindestaufenthaltsjahren zur Voraussetzung machte. Es wäre gut gewesen, wenn man schon viel früher den Zustrom von Ausländern eingeschränkt hätte. Dieser Zustrom ist nicht nur eine Gefahr für das Deutschtum, sondern er bedeutet auch eine unnötige Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Reichsrat wünscht, daß in den nächsten Jahren eine ganz besonders strenge Behandlung der Einbürgerungen geübt wird.

Sparpolitik in Baden

Auch in Baden hat sich das Parlament unter Führung des Kabinetts in voller Würdigung der großen Nöte der Zeit zu einer Politik der Sparfameit und der soliden Finanzgebarung bekannt. In seiner Rede zu den Steueranträgen hat Finanzminister Dr. Schmitt dieses Thema behandelt und dabei seiner großen Genugtuung über die gegen früher erzielten Fortschritte Ausdruck gegeben.

Der erste Fortschritt besteht darin, daß der Landtag selbst sich verpflichtet hat, nur dann Ausgaben oder Ausgabenerhöhungen zu beschließen, wenn auch für die nötige Deckung gesorgt worden ist. Als zweites, erfreuliches Zeichen betrachtet der Finanzminister das Initiativgesetz, einen Antrag, hinter dem auch die Opposition stehe.

„Das ist“, wie Dr. Schmitt mit Recht betonte, „sachliche Arbeit; so kommen wir weiter und so arbeiten wir auch miteinander. Es ist durchaus richtig, wer den Antrag stellt, daß eine Einnahme gesenkt wird, der muß sich auch gleich darüber klar sein, wie sonst die Ausgaben gedeckt werden können. Ja, wir müssen in der Beschneidung des Parlaments noch einen Schritt weiterkommen. Ich gehe sogar so weit, daß ich sage, der Herr Landtagspräsident darf einen Antrag überhaupt nicht in Behandlung nehmen, wenn nicht gleichzeitig die Deckungsfrage geregelt ist.“

Was die Sparpolitik betrifft, so besteht die Möglichkeit der Sparreform auf Grund des Gutachtens der Sparkommission. Der Finanzminister hegt die Hoffnung, daß der Landtag in positivem Sinne dieses Gutachten bearbeiten wird.

Das Erfreuliche an der ganzen Behandlung dieser Fragen durch das badische Parlament ist die Tatsache, daß

eigentlich alle Parteien hier mit der Regierung Hand in Hand gehen, daß alle Parteien eine Politik der Sparfameit und der soliden Finanzwirtschaft wünschen.

Bei dieser Gelegenheit darf übrigens bemerkt werden, daß sich in der verflochtenen Woche der Sprecher der Nationalsozialisten im Landtag offen zum Sozialismus bekannt hat und die Erklärung abgab, seine Partei werde sich gegen alle Versuche wenden, die auf eine Beschneidung der Rechte der Länder hinauslaufen.

Aus dem Reichstag

Die Freitagssitzung

Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsanwalter konnte am Freitag noch nicht zu Ende geführt werden. Obwohl die Nationalsozialisten nicht bloß bei den sozialdemokratischen und kommunistischen Reden, sondern auch bei den Ausführungen der Staatspartei dem Saale ferngingen, ging es doch nicht ohne stürmische Auseinandersetzungen ab.

Als Abg. Dr. Stolter (Staatspartei) seine Rede, in der er unter Angriffen auf die Nationalsozialisten dem Reichsanwalter das Vertrauen ausgesprochen hatte, beendet hatte, betrat die Nationalsozialisten wieder den Saal, aber auch der folgende Redner, der Zentrumsabgeordnete Joss, wandte sich mit scharfen Ausführungen gegen die Rede des Nationalsozialisten Dr. Goebbels. Er wurde wiederholt durch laute Zurufe der Nationalsozialisten unterbrochen, und die vielfachen Mahnungen Räbes an die Zentrumsrufer hatten wenig Erfolg. Als der Kärm weiter anstieg, griff Präsident Räbe unter dem Beifall der Sozialdemokraten und der Mittelparteien zu schärferen Ordnungsmahnahmen. Er wies die nationalsozialistischen Abgeordneten Seines, Bräuner, Koch-Ottpreußen und Weiter wegen Ordnungsförderung und Widerständigkeit aus dem Saale. Abg. Joss, der auch scharf gegen die Ausführungen der beiden deutsch-nationalen Redner Stellung nahm, verließ den Reichsanwalter des Vertrauens seiner Freunde.

Die Kommunisten, deren Redner Dr. Neubauer der Regierung und den Regierungsparteien schärfsten Kampf angefaßt hatte, verließen dann den Saal, um, wie ihr Führer Stöcker ankündigte, an dem Beizug für „die beiden Opfer der Goebels-Mordhege“ teilzunehmen.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, rühte, wenn auch mit weniger scharfen Ausdrücken als die Vertreter der Staatspartei und des Zentrums von den Nationalsozialisten ab. Er meinte, dieser jungen Bewegung könne man erst dann die Macht anvertrauen, wenn sie sich klarer als bisher über ihre Ziele und über ihre Stellungnahme zu den Gegenwartsproblemen der Politik äußere. Die Volkspartei werde an der parlamentarischen Verabschiedung des Etats mitarbeiten, aber sie erwarte vom Kanzler, daß er alle in der Verfassung gebotenen Möglichkeiten anwende, wenn das Parlament verlagern sollte.

Die Erklärung, die der Abg. Simpsendörfer vom Christlich-Sozialen Volksdienst für seine Partei abgab, war im wesentlichen eine Vertrauensstunde für den Kanzler. Sie schloß auch mit der Ablehnung der Mißtrauensanträge. — Auch die Wirtschaftspartei, für die der Abg. Mollath sprach, begrüßte die Kanzlerrede und sprach nur das Bedauern darüber aus, daß diese Rede 10 Jahre zu spät gehalten sei.

Abg. Dr. Fleger von der Bayerischen Volkspartei bedauerte die Anwendung des Art. 48 und warnte vor einer Wiederholung.

Der sozialdemokratische Abg. Nierenborff eröffnete dann mit seiner Jungferrede die zweite Rednerreihe. Die Absicht des Altpräsidenten, die Aussprache am Freitag zu beenden, wurde jedoch durch die Rechte vereitelt, die nach einem Vertagungsantrag durch Verlassen des Saales beschlußunfähig herbeiführte.

Eisenbahnunglück bei Krakau

Wl. Kattowiz, 7. Febr. In der Nähe des Güterbahnhofes von Krakau stießen heute früh gegen 5 Uhr zwei Schnellzüge der Linie Kattowiz—Krakau—Warschau aufeinander. Es handelt sich um die Schnellzüge Warschau—Krakau und Krakau—Kattowiz. Die beiden Lokomotiven sind zerstört worden, desgleichen die Tender und zwei Postwagen. Zwei Personen wurden beschädigt. Nach den bisher noch nicht amtlich bestätigten Meldungen sind ein Lokomotivführer und ein Reisender getötet worden. Drei Personen wurden schwer und einige leicht verletzt.

Die Reform des preussischen Polizeiverordnungswezens. Im Gebiet der preussischen Verwaltung ist, wie die „Post. Ztg.“ berichtet, die seinerzeit vom Staatssekretär Dr. Abegg begonnene Reform des gesamten Polizeiverordnungswezens jetzt zu einem Abschluß gebracht worden. Dem Landtag liegt der Entwurf eines Polizeiverordnungswezens vor, durch das den Ortspolizeibehörden die Befugnis zum Erlassen von Polizeiverordnungen genommen wird. In Zukunft sollen nur noch etwa 900 Polizeibehörden das Recht haben, Verordnungen zu erlassen.

Sowjetrussische Störung des Deutschlandsenders beboben. Wie das Reichspostministerium mitteilt, haben die wiederholten Vorstellungen bei der Telegraphenverwaltung der Sowjetunion wegen Abstellung der Störungen des Deutschlandsenders durch den russischen Telegraphensender Nag den Erfolg gehabt, daß der russische Sender die Welle gewechselt hat, so daß Störungen des Deutschlandsenders nicht mehr möglich sind.

Gehaltsabzüge in Österreich. Nach Meldungen der Wiener Blätter hat der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen angekündigt, daß die Nebengebühren des Eisenbahnpersonals in erster Linie gekürzt und dann allenfalls eine allgemeine Gehaltskürzung eintreten soll, da bei der ersten wirtschaftlichen Lage Ersparnisse gemacht werden müßten.

Ein Anschlag gegen Mussolini. In Rom wurde der sarbinische Anarchist Michel Schirru verhaftet, der vor kurzem aus dem Ausland nach Italien zurückgekehrt war. Er gestand, daß er nach Rom mit der festen Absicht gekommen sei, ein Bombenattentat gegen Mussolini auszuführen. Ein Wachmann wurde bei der Verhaftung von Schirru schwer verletzt.

Die italienischen Bomben-Wasserflugzeuge, die unter dem Kommando des italienischen Luftfahrtministers Balbo an dem Brasilienflug teilnahmen, sind von der brasilianischen Regierung ermorben worden. Balbo tritt mit seinen Begleitern am Mittwoch auf einem italienischen Passagierdampfer die Rückreise an.

Ein Attentat mit Tintenfassern. In das Beratungszimmer des Haushaltsausschusses der japanischen Kammer drang ein Mann mit einem Dolch durch ein Fenster des Saales und bewarf die Anwesenden mit Tintenfassern und anderen Gegenständen. 12 Abgeordnete erlitten Verletzungen.

Abschiebung arbeitsloser Einwanderer aus Argentinien. Die argentinische Regierung wendet einschneidende Mittel an, um der immer mehr zu sich greifenden Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. So hat sie jetzt beschlossen, alle arbeitslosen Einwanderer in ihre Heimatländer abzuschicken. 2000 sind bereits abgeschoben worden. Täglich sollen je weitere 700 zurückgeschickt werden.

Aus den Ländern

Württemberg zu den Vorschlägen des Reichs-Sparkommissars

Die württembergische Regierung hat ihre Stellungnahme zu den Vorschlägen des Reichs-Sparkommissars über die Landesverwaltung Württembergs bekanntgegeben.

Den Vorschlag des Sparkommissars, die 61 württembergischen Oberämter um 38 auf 23 zu vermindern, lehnt die Regierung als zu weitgehend ab. Dagegen ist sie bereit, als Endziel die Verringerung der Zahl der Oberämter um mindestens 20 vorzusehen. Gegenüber dem weiteren Vorschlag des Sparkommissars, die Zahl der Amtsgerichte um 15 zu vermindern, schlägt die Regierung die Aufhebung von neun Amtsgerichten sowie die Aufhebung des Landgerichtes Gall vor. Die Wiedervereinigung des Wirtschaftsministeriums mit dem Innenministerium hält die Regierung in der gegenwärtig wirtschaftlich schwierigen Zeit für undurchführbar. Der Aufhebung von höheren Schulen stimmt die Regierung nur bei kleinen und schwachbesuchten Schulen zu. Die Regierung tritt dem Vorschlag der Schaffung einer Staatshaushaltsordnung und eines unabhängigen Rechnungshofes bei. Die weiteren Vorschläge des Sparkommissars betreffend die Einführung des Zweiflangensweges und betreffend die Dezentralisation und Zentralisation macht sich die Regierung im wesentlichen zu eigen.

Das Volksbegehren in Preußen

Rechtsprechende Blätter melden, daß voraussichtlich die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei dem von dem Stahlhelm eingeleiteten Volksbegehren in Preußen auf Auflösung des Landtags in dieser oder jener Form beitreten werden. Von volksparteilicher Seite wird dazu erklärt, daß die Deutsche Volkspartei um so weniger Anlaß habe, sich mit der Frage offiziell zu befassen, als sie nicht zur Beteiligung aufgefordert worden sei. Da das Auflösungsbegehren des Stahlhelms sich aber politischer Polemik enthalte, beziehe sich die Deutsche Volkspartei schon angehts ihrer grundsätzlichen Opposition gegen die preussische Regierung auch keine Veranlassung, es abzulehnen. Sie stimme der Auflösungsforderung grundsätzlich zu. Von nationalsozialistischer Seite wird erklärt, daß sie bisher schon mehrfach zum Ausdruck brachte, der Zeitpunkt der Einleitung eines Volksbegehrens und Volksentscheids durch ihn bestimmt werde. „Wir haben daher“, — schreibt das Hauptorgan der westpreussischen Nationalsozialisten, die „Eiserne Nationalzeitung“ — „solange Stiller zu dem Begehren des Stahlhelms keine Stellung genommen hat, keinerlei Veranlassung, uns befürwortend zu äußern. Wir haben Anlaß anzunehmen, daß das auch die Ansicht maßgebender Stellen der Partei ist.“

Aus dem württembergischen Landtag. Nach kurzer schwerer Krankheit ist Landtagsabgeordneter Studentat Gaus im Alter von 63 Jahren gestorben. Er wurde 1895 zum Priester geweiht. 1924 erfolgte erstmals seine Wahl als Abgeordneter des Zentrums für Redarjulum und Weilbronn. Im Landtag vertrat er vor allem Weinbauangelegenheiten. — Die Entschädigung der Landtagsmitglieder und der Präsidenten beträgt für die Rechnungsjahre 1931 und 32 je 350 000 M gegenüber 462 000 Reichsmark im Vorjahre. Das Weniger von 82 000 M rührt von der Herabsetzung der Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Landtags nach dem Gesetz vom 23. Dezember 1930 her.

Die Kürzung der Beamtengehälter in Preußen. Der Hauptauschuss des preussischen Landtages beschäftigte sich mit der Vorlage über die Kürzung der Beamtengehälter. Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Verordnung über die Gehaltskürzung wurde gegen die Antragsteller und die Deutschnationalen abgelehnt und die Verordnung über die Gehaltskürzung durch Rennnismahme erledigt.

Attentat auf einen Reichsbahndirektor

Im Gebäude der Reichsbahndirektion am Schöneberger Ufer in Berlin wurde Freitag mittag gegen 1 Uhr von einem Manne ein schweres Attentat verübt. Er drang in das Zimmer des Reichsbahndirektors Rander ein und gab mehrere Schüsse ab, die den Beamten schwer verletzten. Der Attentäter tötete sich dann selbst durch einen Kopfschuß. Der Attentäter ist ein früherer Hilfskassenaussgeber namens Freese. In einem bei ihm aufgefundenen Brief erklärte er, daß er mit der ausdrücklichen Absicht in das Gebäude eingedrungen sei, den früheren Dezerenten für Unfallrenten, den Reichsbahndirektor Rander, zu töten und sich dann selbst das Leben zu nehmen. Freese fühlte sich in bezug auf seine ihm gewährte Rente benachteiligt. Freese war 1914 im Dienst auf den Hinterkopf gefallen. Nach längerer ärztlicher Behandlung wurde er mit einer Unfallrente von 66 2/3 Proz. des Gehaltes entlassen. Später wurde die Rente auf 50 Proz. herabgesetzt. Weber der schwer verletzte Direktor Rander noch der Beamte, auf den sein Anschlag eigentlich gemünzt war, hatte mit Freeses Rentenangelegenheit irgend etwas zu tun.

Der Wiener Gesandtschaftsposten. Zu den Meldungen, daß der augenscheinliche Gesandte des Deutschen Reiches in Wien, Graf Ledwicensky, von seinem Posten zurücktreten würde, erzählt die „Bayr. Staatsztg.“ aus Berlin, daß neben der Kandidatur des Reichsfinanzrats Nieth in Paris auch die Kandidatur des gegenwärtigen preussischen Gesandten Dr. Hans Dent in München mit am aussichtsreichsten sei. Dent habe auch auf kultur-geistlichem Gebiete eine erfolgreiche Verhandlungspolitik zwischen Nord und Süd in die Wege geleitet. Auch persönlich dürfte Dr. Dent durch seine österreichische Abstammung und seine guten persönlichen Beziehungen zu den maßgebenden Kreisen in Österreich sehr geeignet sein.

Kleine Chronik

Der in der Nähe von Ruffstein, an der bayerisch-tiroler Grenze, verhaftete Mauerlehrling Hans Kollas, der gestanden hatte, in der Silberrnacht in der Huselndstraße in Berlin den Totschlag an den beiden Reichsbannerleitern Schneider und Graf begangen zu haben, hat sein erstes Geständnis zurückgezogen. Er gibt zwar seine Mittäterschaft an den Verbrechen zu, will aber nicht selbst die Schüsse abgefeuert haben.

Gegen den Düsseldorf-Massenermörder Kürten hat die Staatsanwaltschaft nun die Anklage erhoben. Sie umfaßt neun Morde. Zeit und Ort der Hauptverhandlung sind noch nicht bestimmt.

Der in der Berliner Nordbarrasse Schmöller festgenommene Ulrich Urban hat heute Nacht eingestanden, Schmöller in seinem Büro erschossen zu haben. Er gab an, genügt zu haben, daß Schmöller um diese Zeit immer größere Geldsummen in seinem Büro habe.

Zur Erbbebegegnung von Neuseeland, wo gegenwärtig Hochsommer ist, schlägt die Bevölkerung noch immer im Freien. Die Telegraphen- und die anderen elektrischen Leitungen sind wieder in Stand gesetzt. Einige weitere Erdhölse wurden verpfürt.

Badischer Teil

Keine Brotpreis-erhöhung in Baden

Im Unterausschuß der Preisprüfungskommission, der heute, Samstag, früh unter Vorsitz des Direktors des statistischen Landesamts tagte, gab der Vorsitzende des Badischen Bäckereiverbandes nach eingehender Erörterung aller einschlägigen Fragen die Erklärung ab, daß von einer Erhöhung des Brotpreises in Baden abgesehen werden soll. Gleichzeitig wurde an die badische Regierung die Bitte gerichtet, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß mit allen Mitteln eine weitere Erhöhung der Mehlpreise unterbunden werden möge.

Einführung der Steuerabzugsbelege für das Kalenderjahr 1930

Nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 10. Dezember 1929 über die Einführung vereinfachter Steuerabzugsbelege für das Kalenderjahr 1930 waren die Lohnsteuerabzugsbelege für 1930 von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern bis zum 20. Januar 1931 an die Finanzämter abzuliefern. Diese Belege sind bis jetzt bei den Finanzämtern nur spärlich eingegangen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die ihre Steuerabzugsbelege bisher noch nicht eingereicht haben, werden sich daran tun, das Verzeichnis alsbald nachzuholen. Die Veräumnis der Einkunftsabgabenordnung ist mit dem in § 377 der Reichsabgabenordnung vorgesehenen Ordnungstrafen bedroht, außerdem kann die Einreichung der Belege durch die im § 202 der Reichsabgabenordnung vorgesehenen Strafen erzwungen werden.

Bis zum 20. Januar 1931 hatten an die Finanzämter eingereicht:

1. Diejenigen Arbeitgeber, welche den Steuerabzug vom Arbeitslohn im allgemeinen Abrechnungs- und Beförderungsbüchern vorgenommen haben, für die im Laufe des Kalenderjahres 1930 aus dem Dienstverhältnis ausgeschiedenen Arbeitnehmer vereinfachte Lohnsteuerüberweisungsblätter, und für diejenigen Arbeitnehmer, welche am 31. Dezember 1930 noch in einem Dienstverhältnis gestanden haben, die auf der Rückseite mit der Lohnsteuerbescheinigung verbriefte Steuerkarte 1930.

2. Diejenigen Arbeitnehmer, für die Steuermarken geklebt worden sind, ihre Steuerkarte 1930 mit den Einklagenbogen. Sofern die Steuerkarte 1930 vom Arbeitnehmer nicht eingereicht werden konnte, weil sie etwa bei einem Arbeitgeber für die Lohnsteuerbescheinigung (Ziffer 1) Verwendung fand, sind Name und Wohnung dieses Arbeitgebers bei Einreichung der Einklagenbogen vom Arbeitnehmer genau anzugeben.

3. Diejenigen Arbeitnehmer, welche infolge Auflösung des Dienstverhältnisses am 31. Dezember 1930 im Besitze ihrer Steuerkarte 1930 waren, diese Steuerkarte mit einer Mitteilung darüber, wo sie am 10. Oktober 1930 wohnhaft waren.

Gaushausammlung für Säuglings- und Kinderwäsche

Der Badische Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Karlsruhe veranstaltet unter Mitwirkung sämtlicher Wohlfahrtsorganisationen des ganzen Landes in der Zeit vom 22. bis 26. Februar eine Gaushausammlung für Säuglings- und Kinderwäsche. Die zunehmende Verarmung unserer Volksteile bedeutet eine schwere Gefahr für die Gesundheit unserer Kinder. Neben vielem anderem fehlt es vielen Familien an geeigneter Säuglings- und Kinderwäsche. Jede Familie, die Wäsche und Kleidungsstücke zur Verfügung stellt, hilft, die Not in einer anderen Familie zu mildern. Darum heraus mit nicht mehr benötigter Wäsche und Kleidung, die bedürftigen Kindern noch viel nützen kann!

Arbeitsaufnahme in der Schweiz

Das Schweizerische Konsulat für Baden und die Rheinpfalz teilt uns mit:

Die Weltwirtschaftskrise ist auch in der Schweiz nicht spurlos vorübergegangen und hat deshalb ebenfalls zu einer Anspannung des Arbeitsmarktes geführt. Angesichts der wachsenden Zahl der Arbeitslosen wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die Annahme einer Stellung in der Schweiz durch Ausländer ohne vorherige Bewilligung seitens der Fremdenpolizeibehörden nicht gestattet ist. Reichsdeutschen, die in der Schweiz Arbeit annehmen wollen, wird daher dringend empfohlen, schon vor der Einreise ein entsprechendes Gesuch um Aufenthaltserlaubnis beim zuständigen Schweizerischen Konsulat (Mannheim, Augusta-Anlage 12) einzureichen.

Aus der badischen Industrie

Die Lohnverhandlungen in der badischen Textilindustrie verlagert. In Freiburg fand zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes der Oberbadischen Textilindustrie und den Gewerkschaftsvertretern Verhandlungen über einen Lohnabbau statt. Die Verhandlungen, die über 3 Stunden dauerten, wurden noch nicht zu Ende geführt. — Von Seiten der Gewerkschaften wurden folgende Anträge gestellt: 1. Der Lohnsatz (Schiedsspruch vom 14. November 1927) soll wieder in Kraft gesetzt werden. 2. Der Leistungslohn (Alfordlohn, Stücklohn) ist in den einzelnen Betrieben so zu bemessen, daß 75 Proz. der Alfordarbeiter über den Alfordlohn verdienen. 3. Die Sozialzulagen für die Alfordarbeiter sollen für männlich und weiblich gleich hoch sein. 4. Bei regelmäßiger Schichtarbeit soll für Schicht 1 und 2 ein 10prozentiger Zuschlag auf den Gesamtlohn erfolgen, bei Schicht 3 von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, soll dieser Zuschlag 25 Proz. betragen. Der von Arbeitgeberseite vorgeschlagene Lohnabbau von 60 auf 50 Pf. für den Gelohnen würde sich geradezu katastrophal für die badische Textilindustrie auswirken.

Lohnstreit in der Metallindustrie des Seckreises. In der Metallindustrie des Seckreises fanden Verhandlungen zwischen Arbeitgebervertretern und Arbeitnehmern im Angestelltenverhältnis statt. Es wurde eine Lohnkürzung von allgemeinem 5 Proz. beschlossen. Die Einkommen bis zu 125 M. werden von der Kürzung nicht betroffen. Das Gehaltsabkommen tritt mit dem 1. Februar in Kraft, und ist erstmals zum 30. September 1931 bei monatlicher Rindigungsfrist kündbar.

Aus der Zigarrenindustrie. Die Zigarrenfabrik der Firma Rahn (Seibronn) wird in Rierlach (Wuchsal) nächste Woche den Betrieb mit 100 Arbeitern wieder aufnehmen, so daß noch 250 Leute arbeitslos bleiben.

Um Pfarrer Gdert

Der Evangelische Oberkirchenrat hat unterm 4. d. M. von Amts wegen das Dienstverhältnis gegen Pfarrer Gdert, Mannheim, den Führer der badischen religiösen Sozialisten, eröffnet und ihn unterm 6. Februar mit sofortiger Wirkung vorläufig seines Amtes enthoben.

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung
am Dienstag, 10. Februar, nachm. 4 Uhr.
Tagesordnung:

- I. Bekanntgabe der Eingänge.
- II. Mündliche Berichte des Geschäftsordnungsausschusses und Beratung über: 1. die Feststellung des Nachfolgers des verstorbenen Abgeordneten Habermehl-Förzheim; 2. die Anträge der Abgeordneten Dr. Mattes u. Gen. und Dr. Baumgartner u. Gen. Änderung der Geschäftsordnung für den Badischen Landtag.
- III. Bericht des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf über die Änderung des Beamtengesetzes samt einschlägigen Anträgen und Gesuchen.

Die deutschen Berufsvereinigungen

Die „Karlsruher Zeitung“ vom 19. Januar (Nr. 24) brachte eine von einem Nachrichtenbüro verbreitete Notiz, in der es u. a. hieß: „Die deutschen Berufsvereinigungen hätten das besondere Gebiet der Unfallversicherung ihren Kollegen von der Gewerkschaft abgenommen, die früher wegen ihrer Ziellosigkeit nicht in der Lage sein konnten, dieses Gebiet seiner Wichtigkeit entsprechend zu bearbeiten, und die heute nur die für die Erfüllung der allgemeinen Vorschriften, wie Kinderzuschuß, Sonntagsarbeit, Hygiene usw., zu sorgen hätten.“ Dazu wird uns geschrieben: „Der Verfasser dieser Notiz meint offenbar die Gewerkschaftsvereinigungen; die amtliche Wahrung des Unfallrechtes war nie der Gewerkschaft, sondern der Gewerbeaufsicht übertragen. Die Gewerbeaufsicht hat als staatliche Stelle amtlich auch den Unfallschutz in den gewerblichen Betrieben zu überwachen, und daß sie das in reichlichem Maße tut, geht gerade aus der Gemeinschaftsarbeit mit den Berufsvereinigungen und der öffentlichen Berichterstattung hervor, von der der Verfasser der oben erwähnten Notiz offenbar keine Kenntnis hat.“

Gemeinderundschau

Um die Bleagbahnen. Der Kreis Heidelberg hat der Badischen Lokalbahn AG., Karlsruhe, zur Deckung des auf der Bahnstrecke Wiesloch-Schatthausen-Waldbangelloch entstehenden Betriebsausfalls von etwa 19.658 M. einen Zuschuß von 18.000 M. zugesagt, wenn die an der Bahn liegenden Gemeinden die Hälfte dieses Betrages mit 9000 M. dem Kreise reichen. Auf die Stadtgemeinde Wiesloch entfallen 2826 Reichsmark. Die Stadtgemeinde Wiesloch ist bereit, diesen Betrag dem Kreis Heidelberg zu ersetzen unter der Voraussetzung, daß genannte Bahnstrecke mindestens bis zum 31. Dezember 1931 in dem bisherigen Betriebsumfang aufrechterhalten wird. Der Betrag soll in den Voranschlag 1931/32 eingestellt werden. Die Gemeinde Rotenberg hat den Bleagzuschuß von 178 M. einstimmig genehmigt, die Gemeinde Nauenberg den ihrigen mit 849 M. mit einer knappen Mehrheit. Der Bürgerausschuß von Bietelsheim dagegen hat den Bleagzuschuß von 856 M. mit 22 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Der Stadtrat Offenburg befaßt sich mit der Frage der Einführung einer Feuerschutzabgabe, weil bei der Aufstellung des neuen Voranschlags neue Deckungsquellen gesucht werden müssen. Die Steuerabgabe ist die einzig mögliche direkte Steuer. Im Stadtrat bestand aber keine Meinung, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. — Für das Arbeitsamt soll in der Denzstraße auf dem Platz der Pfälzerischen Stiftung ein Verwaltungsgebäude errichtet werden. Mit dem Projekt ist der Stadtrat grundsätzlich einverstanden. — Weiter befaßt sich der Stadtrat mit der Errichtung eines neuen städtischen Bades. Das bisherige Bad lohnt einen Umbau nicht mehr. Der vom Bauamt ausgearbeitete Plan erfordert etwa 100.000 M. Er ist so eingerichtet, daß später ein Hallenbad damit verbunden werden kann. Mit dem Aneignungsvertrag Offenburg soll eine Vereinbarung getroffen werden, daß dieser sein Bad auf dem gleichen Platz errichten soll. Das Gelände soll ihm in Erbpacht überlassen werden. — Aus dem Beifonds sind der Stadt Offenburg Mittel zur Verfügung gestellt worden, die für Zwecke der Gewerkschaft zur Anschaffung von Lehr- und Anlernhilfsmitteln, sowie zur Ergänzung der Lehrer- und Schülerbücherei verwendet werden sollen.

Aus der Landeshauptstadt Eine Rundgebung der Brauindustrie

Am Freitagnachmittag veranstaltete die Zentralfstelle der badischen Brauindustrie mit Vertretern der Tagespresse in der Karlsruher Handelskammer eine Aussprache über die Lage im Braugewerbe und die Auswirkungen der Biersteuer.

Der Vorsitzende der genannten Zentralfstelle, Brauereidirektor Schrempf, betonte, die Lage der Brauindustrie sei katastrophal. Die gesamte deutsche Wirtschaft würde davon betroffen. Man bedachte nur, daß bisher 500 Millionen an der Landwirtschaft für Lieferung von Treber und Futtermitteln gegangen seien, während Handel und Gewerbe aus der Brauindustrie 220 Millionen bezogen hätten. In der deutschen Brauindustrie seien 2,5 Milliarden Kapital investiert, 230 Millionen an Löhnen und Gehältern an ein bisher 92.000 Köpfe starkes Personal gezahlt worden. Hätten badische Brauereien durch den Verlust des Elsas schon einen 50prozentigen Konsumrückgang zu verzeichnen, so ist es klar, daß sie durch die neuen Steuern besonders hart betroffen werden.

Syndikus Dr. Huber ergänzte in längeren Ausführungen diese Darlegungen. Er betonte vor allem, daß Süddeutschland den stärksten Rückgang des Bierabsatzes zu verzeichnen hat. Nach den Feststellungen aus den letzten Wochen beträgt dieser Rückgang durchschnittlich 50 Prozent, in Mannheim sogar 55 Prozent. Heute ist in Durlach, Offenburg, Mannheim, Heidelberg das Siebenfache der Besteuerung des Bieres als vor dem Kriege erreicht. Die Behauptung, daß es den Brauereien im Gegensatz zu manchen anderen Industrien immer noch gut gehe, ist heute nicht mehr stichhaltig. Die vom Deutschen Brauerbund errechnete durchschnittliche Rendite der deutschen Aktienbrauereien wird in Baden bei weitem nicht erzielt. 19 badische Aktienbrauereien mit zusammen etwas über 24 Millionen Aktienkapital schüttelten für das abgelaufene Geschäftsjahr insgesamt 1.752.500 Reichsmark Gewinn aus, also durchschnittlich 7,3 Prozent, wobei sogar drei Betriebe dividendenlos geblieben sind. In dem Augenblick, so erklärte der Redner, wo Staat und Gemeinden ernsthafte Anstalten machen würden, die überfekten Biersteuern abzubauen, seien auch die Brauereien bereit, über eine Bierpreiserhöhung zu beraten, aber vorher nicht, weil hierzu die Voraussetzungen fehlen.

Im folgenden betonte der Redner, daß die Ausschankpreise der Biere gerechtfertigt seien; sie seien in Baden neben Bayern am niedrigsten vom ganzen Reich. Die Behauptung, daß die Biere aus den Biersteuerverbänden Nutzen gezogen hätten, träfen auf Süddeutschland nicht zu, wo man in den Kleinverbrauchspreisen die Preisregulierung anwende gegenüber Norddeutschland, wo jeweils mit einem großen Sprung von 5 Reichspfennig für das Glas der Preis verteuert werde.

Der Präsident des Badischen Brauereiverbandes, Knobel, führte u. a. aus, der ungewöhnlich starke Verbrauchsrückgang beim Bier werde dazu führen, daß dieses bald ein Luxus werde. Heute seien 80 Prozent der badischen Gastwirte am Erliegen. Mit ihnen gehe auch die Fremdenindustrie zugrunde. Auch die Gastwirte seien Gegner des Alkoholverbrauchs, Alkoholgenuß sei aber etwas anderes. Wenn dem Osten geholfen werde, dann dürfe man auch den Westen nicht vergessen und hier nicht eine wichtige Industrie und wichtige Erwerbszweige, wie dies Brauereien und Gastwirtschaften darstellen, erdrücken.

Von dem Vorsitzenden der Vereinigung süddeutscher Malzfabriken, Wimpfheimer, wurde darauf hingewiesen, in welchem Umfange die Landwirtschaft getroffen wird, wenn künftighin etwa 50 Prozent am Verbrauch von Braugerste wegfallen würden.

Auch der Vertreter der Landwirtschaftskammer wies auf die Wichtigkeit der Berücksichtigung der Inlandsgerste hin und von dem Syndikus des Badischen Brauereiverbandes, Dr. Huber, wurde dargestellt, wie die Gemeindeförderung in den Städten Mannheim, Heidelberg, Konstanz, Billingen u. a. m. einen gewaltigen Konsumrückgang herbeigeführt habe.

Brauereidirektor Schrempf schloß die Aussprache in der Erwartung, daß die Regierungsstellen noch rechtzeitig die der Brauindustrie und den damit zusammenhängenden Gewerben drohenden Gefahren erkennen.

Die Wahlen an der Technischen Hochschule am Freitag hatten folgendes Ergebnis: Liste 1: Katholische Korporationen 4 Sitze (bisher 4), Liste 2: Freie Studentenschaft, darunter die Linke 4 Sitze (5), Liste 3: Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund 12 (3), Liste 4: Großdeutsche 5 Sitze (0). Die beiden letztgenannten Gruppen verfügen mit ihren 17 Sitzen über die Zweidrittelmehrheit.

Wintersportverkehr. Wie uns aus dem Bühler Höhengebiet mitgeteilt wird, bestehen bei neuem Schneefall und Temperaturen von -2 bis -5 Grad günstigste Wintersportmöglichkeiten. Der Fahrplan der Höhenstraßen ab Bahnhof Bühl nach Bühlerhöhe, Plättig, Sand usw. sowie nach Sundsee und Unterstmaat wird am Samstag, den 7., und Sonntag, den 8. Februar, in allen Kurven durchgeführt werden. Die Verkehrsverhältnisse sind gegenüber dem letzten Sonntag wesentlich verbessert. Nähere Auskunft erteilt die Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Eing. Ritterstraße.

Ringskämpfe im Colosseumtheater. Heute, Samstag, abend 8.30 Uhr ringen: Kop gegen Budrus, Fehringer gegen Schachschneider, Thomson gegen Küpper sowie Fisch gegen Wildmann. Am Sonntagabend stehen sich gegenüber: Thomson gegen Wildmann, Küpper gegen Schachschneider, Fehringer gegen Budrus sowie im Entscheidungskampf Kop gegen Fisch.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Bei anhaltender Zufuhr kontinentaler Luft durch nordöstliche Winde hat sich der Frost in tiefen Lagen heute nacht bis auf minus 8 Grad verschärft. Im Gebirge sind die Temperaturen unverändert geblieben. Unter dem Einfluß des über Nordosteuropa ausgebreiteten Hochdruckgebietes wird der bestehende Witterungscharakter bei uns anhalten. — Voraussage: Fortdauer des winterlichen Frostwetters.

Wasserrände: Waldshut 221 —4, Basel 33 —5, Schutterinsel 91 —1, Rehl 240 —9, Maxau 428 —12, Mannheim 351 —13, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Kommerzienrat Stiegeler 60 Jahre alt. Dr. Konstant, 6. Febr. Kommerzienrat Dr. phil. h. c. Wilhelm Stiegeler vollendet am 7. Februar d. J. sein 60. Lebensjahr. Stiegeler wurde in Willheim (Baden) geboren. Als Lehrling fing er bei der Firma Mag Strohmeyer, Lagerhausgesellschaft, an. Seit dem Jahr 1885 widmete er ununterbrochen seine Tätigkeit dieser Firma, deren Leitung er im Jahre 1902 übernahm, als der Gründer, Mag Strohmeyer, starb. Unter seiner Leitung entwickelte sich die Firma zu einer führenden in ganz Baden. Im Kohlenhandel Deutschlands spielt Stiegeler eine führende Rolle. Seiner Initiative verdankt der unter seiner Führung stehende Rheinschiffahrtsverband, der sich die Schiffahrtmachung des Rheins bis zum Bodensee zum Ziele gesetzt hat, seine Entstehung. Wegen seiner Verdienste um die oberbadische Wirtschaft wurde er 1917 zum Kommerzienrat ernannt. Aus dem gleichen Grunde verlieh ihm die Universität Heidelberg 1922 die Würde eines Dr. phil. h. c.

Dr. Kforzheim, 6. Febr. Der von einem tschechischen Landsmann im D-Zug angeschossene Dube! aus Olmütz befindet sich anscheinend außer Lebensgefahr. Er konnte bereits vernommen werden. Der Täter ist 23 Jahre alt und in Königgrätz in Böhmen geboren; er heißt Ladislav Kalous und ist seines Zeichens Buchbinder. Bis jetzt hat man noch keine Anhaltspunkte über das Motiv der Tat.

Dr. Bühl, 7. Febr. Das Befinden des an Grippe erkrankten Bischofs Dr. Gröber hat sich zum Besseren gewendet, so daß mit einer baldigen vollständigen Wiederherstellung seiner Gesundheit zu rechnen ist.

Dr. Böhrenbach, 6. Febr. Bekanntlich war der Inhaber der erst vor etwa 1/2 Jahr gegründeten Möbelfabrik Zinfanger seit einiger Zeit verschwunden, ohne Nachricht von sich zu geben. Als er nichts von sich hören ließ, wurde eine Gläubigerversammlung einberufen, in der entscheidende Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Nunmehr hat Herr Zinfanger sich gemeldet. Er erklärte sein Schweigen damit, daß er bei der Kreditbeschaffung außerordentlich große Schwierigkeiten habe, und daß er erst in Nürnberg, wo er sich zur Zeit aufhalte, einen guten Bürger gefunden, jedoch sei es fürchtbar schwer, daraufhin Barmittel zu realisieren. Er habe sich verpflichtet, für das nötige Kapital zu sorgen und werde das auch tun.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. Februar		6. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.71	169.05	168.68	169.02
Kopenhagen 100 Kr.	112.42	112.64	112.34	112.56
Italien . . . 100 L.	22.005	22.045	22.99	22.03
London . . . 1 Pf.	20.423	20.463	20.411	20.451
New York 1 D.	4.2010	4.2090	4.2035	4.2115
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.185	81.345	81.16	81.32
Wien 100 Schilling	59.035	59.155	59.02	59.14
Prag . . . 100 Kr.	12.433	12.463	12.43	12.47

Das Weingewerbe in Baden. Das Weingewerbe hat in Baden einen leichten Auftrieb erfahren. In den letzten Wochen konnten umfangreiche Geschäfte bei leicht anziehenden Preisen abgeschlossen werden.

66. Redakteur, 6. Febr. Die 100 000-Vollzeitung vom Unspannwerk Rheinau nach der Redarbaustufe Redarsteinach ist jetzt in Betrieb genommen worden. Die Zeitung führt über Heidelberg—Grenzhof, Heidelberg—Wielblingen, Eppelheim, Heidelberg—Kirchheim, Heidelberg—Kohlbach, Leimen, Ochsenbach—Eingenthal, Weiberg, Gauangeloch, Wammenhal—Reilsheim, Wiesenbach, Langenzell, Milsberg und Müllersloch.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Apotheken in Rotenfels und Gaggenau.

Nachdem Apotheker Rudolf Julius Blah, Besitzer der Apotheke in Rotenfels, auf das Realrecht dieser Apotheke verzichtet hat, wurde seinem Sohne, Apotheker Dr. Karl Blah, die persönliche Berechtigung zum Betriebe einer Apotheke in Gaggenau verliehen.

Der Betrieb der Apotheke Rotenfels wird als Filiale von Gaggenau weiter aufrechterhalten.

Karlsruhe, den 4. Februar 1931.

Der Minister des Innern
J. Wittenmann.

Öffentliche Zahlungserinnerung.

Es sind zu entrichten:

Auf 16. Februar: Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer 1930/31 der Landwirte mit einem Viertel des im letzten Steuerbescheid festgesetzten Betrags, sowie 10% Landeskirchensteuer aus der Einkommensteuervorauszahlung.

Auf 16. Februar: Die erste Rate der Vermögensteuer für 1931 nach der im letzten Steuerbescheid festgesetzten Steuerschuld.

An die Zahlung dieser Abgaben wird erinnert. Nicht rechtzeitig bezahlte Abgaben werden im Postnachnahmeverfahren eingezogen oder ohne besondere weitere Mahnung beigetrieben. Bargeldlose Zahlung unter vollständiger Angabe der Steuernummer wird empfohlen.

Karlsruhe, den 5. Februar 1931. R. 278

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Badische Kommunale Landesbank Girozentrale

Oeffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt

Mannheim Karlsruhe

Augusta Anlage 33/4 Karl-Friedrich-Straße

Freiburg

Friedrichstraße 39

Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte

Gewährung von Hypotheken

R. 512

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Planmäßig angestellt:

Gerichtsvollzieher Martin Strobel in Billingen.

Ernannt:

Kanzlistin Marta Pierre beim Notariat Freiburg zur Kanzleiaffistentin, und Kanzleihilfin Elisabeth Birtenmeyer beim Amtsgericht Freiburg zur Kanzlistin.

Berufen:

Inspektor August Heidenreich bei den Strafanstalten in Bruchsal zu den Bezirksgefängnissen in Raftatt.

Badisches Landesbheater

Spielplan vom 7. bis 17. Februar 1931.

Im Landesbheater:

Montag, 9. Febr. Volksbühne: Februarvorstellung. Das Nachtlager in Granada. Oper von Konradin Kreuzer. 19.30 bis 21.30 (7.—). Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Dienstag, 10. Febr. * B 16: Das Konto X. Von Bernauer und Oesterreicher. 20—22.45 (5.—).

Mittwoch, 11. Febr. Volksbühne: Februarvorstellung. Das Nachtlager in Granada. Oper von Konradin Kreuzer. 19.30—21.30 (7.—). Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Donnerstag, 12. Febr. Keine Vorstellung.

Freitag, 13. Febr. Außer Miete: Fastnacht-Cabaret. 19.30 bis 22.30 (8.—).

Samstag, 14. Febr. Außer Miete: Fastnacht-Cabaret. 19.30 bis 22.30 (8.—).

Sonntag, 15. Febr. Nachmittags: Außer Miete: Fastnacht-Cabaret. 15—18 (8.—).

Abends: Außer Miete: Fastnacht-Cabaret. 19—22 (9.—).

Montag, 16. Febr. Außer Miete: Fastnacht-Cabaret. 19.30 bis 22.30 (8.—).

Dienstag, 17. Febr. Außer Miete: Fastnacht-Cabaret. 19.30 bis 22.30 (8.—).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 15. Febr. Keine Vorstellung.

Auswärtiges Gastspiel:

Mittwoch, 11. Febr. In Landau: Bunte Bühne.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen



Jagdversteigerung

Das Forstamt St. Blasien verpachtet die Jagd in den ärar. Jagdbezirken Schwarzwald (112 ha), Futterauerhalde (218 ha) und Kohlwald (700 ha) in öffentlicher Versteigerung am Samstag, den 14. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer des Forstamts. R. 279

Bruchsal. R. 276

Güterrechtsregistereintrag Band III, Seite 233. Patta, Paul, Kaufmann in Bruchsal und Emma Karolina, geb. Sieber daselbst. Vertrag vom 8. Januar 1931: Gütertrennung des BGB. Bruchsal, 2. Febr. 1931. Amtsgericht I.

Wir werben für Sie!

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.

Wir laden die Herren Aktionäre zur 59. ordentlichen Generalversammlung auf **Donnerstag, den 5. März 1931, vormittags 11 1/2 Uhr** in das Gebäude der Rheinischen Hypothekenbank A 2. 1, hier ein.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr; Vorlage der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung. Beschluß hierüber und über die Gewinnverteilung.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Aufsichtsratswahlen.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Aktionär, zur Stimmabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am sechsten Tage vor der Generalversammlung — mithin spätestens am 27. Februar d. J. — entweder bei einem Notar nach Maßgabe der Vorschriften unserer Satzungen oder

- bei der Gesellschaftskasse,
- bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin, sowie deren Filialen Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt a. M. und Hamburg,
- bei der Badischen Bank in Karlsruhe und Mannheim,
- bei der Commerz- und Privat-Bank A. G. in Berlin, sowie deren Filialen Frankfurt a. M., Hamburg und Mannheim,
- bei der Darmstädter & Nationalbank A. G. in Berlin, sowie deren Filialen in Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe und Mannheim,
- bei der Dresdner Bank in Berlin, sowie deren Filialen Frankfurt a. M., Hamburg und Mannheim,
- bei dem Bankhaus F. Dreyfus & Co. in Berlin und Frankfurt a. M.,
- bei dem Bankhaus Lazard Speyer-Gilissen A. G. in Berlin und Frankfurt a. M.,

ferner

in Berlin:

bei dem Bankhaus G. Bleichröder,

bei dem Bankhaus Hardy & Co. G. m. b. H.,

in Frankfurt a. M.:

bei der Deutschen Effekten- & Wechselbank,

bei der Frankfurter Bank,

in Hamburg:

bei dem Bankhaus L. Behrens & Söhne,

bei dem Bankhaus Münchmeyer & Co.,

bei dem Bankhaus M. M. Warburg & Co.,

in Karlsruhe:

bei dem Bankhaus Veit L. Homburger,

bei dem Bankhaus Straus & Co.,

in Nürnberg:

bei dem Bankhaus Anton Kohn

und bei den Effekten-Giro-Banken eines deutschen Wertpapierbörsenplatzes für die Mitglieder des Effekten-Giro-Verkehrs gegen Verschreibung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.

Je 100 Reichsmark Kennwert der Stammaktien haben eine Stimme. Das Stimmrecht kann auch vertretungsweise durch einen anderen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Aktionär ausgeübt werden.

Die in § 263 des Handelsgesetzbuches bezeichneten Vorlagen liegen während der daselbst genannten Frist in unserem Geschäftslokale zur Einsicht der Aktionäre bereit.

Mannheim, den 6. Februar 1931. R. 964

Rheinische Hypothekenbank.

Städtische (öffentl.) Sparkasse Waldbörn

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	9 417,28	1. Spareinlagen	865 833,38
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheck	77 854,21	2. Aufwertungs-spareinlagen	266 612,19
3. Wertpapiere	—	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen	44 654,04
4. Wechsel	—	4. Sonstige Einlagen	—
5. Darlehen a. Hypotheken	625 315,33	5. Anlehens- und andere Schulden	85 978,54
6. Kontoforrent-Kredite	32 768,31	6. Ausgaberrückstände	—
7. Grundstückskaufgelder	122 629,83	7. Rücklage	—
8. Darlehen a. Schuldschein	215 041,04	8. gesetzl. Reservefonds	61 003,96
9. Darlehen an Gemeinden	19 300,—	8. Reingewinn v. Jahre 1930	16 335,71
10. Einlage beim Spargiro-Verband	19 400,—		
11. Aufwertungs-forderung.	115 108,20		
12. Aufwertungs-abrechnungskonto	59 381,80		
13. Aufwertungs-zinsrückstände	701,20		
14. Einnahmerückstände	18 499,62		
15. Grundstücke u. Gebäude	25 000,—		
16. Gerätschaften	1,—		
	1 340 417,82		1 340 417,82

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 910 487,42 RM Einlagen 72 838,96 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 77 339,67 RM
Somit mehr 4 500,71 RM

Waldbörn, den 30. Januar 1931. R. 275

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:

gez: Geier, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:

gez: Geier.

Die Schaffer-Gilde e. G. m. b. H. in Karlsruhe hat die Feststellung der Bau- und Straßensfluchten auf dem ehemaligen Exerzierplatz der Gemarkung Leutschneuert beantragt. Berührt werden die Grundstücke Gb. Nr. 3803 bis 3823.

Der Baufluchtenplan liegt innerhalb 2 Wochen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in dem Rathaus in Leutschneuert zur Einsichtnahme auf. Etwaige Einwendungen sind während dieser Zeit dortselbst oder beim unterzeichneten Bezirksamt, Zimmer 55, bei Ausschlußvermeidung vorzubringen. R. 277

Karlsruhe, den 5. Februar 1931. D. 3. 18

Badisches Bezirksamt II.

Badisches Landesbheater

Sonntag, 8. Februar 1931

Nachmittags

9. Vorstellung der Sonder-miete für Auswärtige

Meine Schwester und ich

Operette in zwei Akten u. einem Vor- und Nachspiel nach Perr und Verneuil von Robert Blum

Gesangsterte und Musik von Ralph Benatzky

Dirigent: Keilberth

Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:

Genter, Janl, Seiberlich,

Selling, Brand, Graf,

Koebke, Kuhne, Mehner,

Müller, Brüter, S. Kienjcherf

Anfang 15 1/2 Ende 18

Preise 0,50—3,50 RM

Abends

* E 15. Th.-Gem. 1101—1200

Neu einstudiert

Die Hugenotten

Große Oper von Meyerbeer

Dirigent: Schwarz

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Blank, Effelsgröth, Reich,

Dörich, Motzmann, E.

Rivinius, Falke, S. Gröth-

ginger, Gospach, Kalnbach,

Kiefer, Löfer, Riisch,

Schoepflin, Schuster,

Christian Wahle a. G.

Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2

Preise D 1—8 RM

Montag, den 9. Febr. 1931

Volksbühne:

Februarvorstellung

Das Nachtlager

in Granada

Romanische Oper

von Konradin Kreuzer

Dirigent: Stern

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Blank, Falke, J. Gröthinger,

Gospach, Kalnbach, Kiefer,

Löfer

Anfang 19 1/2 Ende 21 1/2

Preise C 1—7 RM

Die 10. 2. Das Konto X.

Die 11. 2. Das Nachtlager

in Granada. Do. 12. 2. Keine

Vorstellung. Fr. 13. 2. Fast-

nacht-Cabarett. Sa. 14. 2.

Fastnacht-Cabarett. So. 15. 2.

Nachm.-Fastnacht-Cabarett.

Abds.: Fastnacht-Cabarett.

Mo. 16. 2. Fastnacht-Caba-

rett. Die 17. 2. Fastnacht-

Cabarett.

Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, 8. Febr. 1931

Wie werde ich reich

und glücklich?

Operette von Spoliansky

Dirigent: Keilberth

Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:

Vertram, Genter, Janl,

Selling, Seiberlich, Brand,

Gemmede, Graf, Just,

Koebke, Kuhne, Mehner,

Müller, Brüter, Grimm,

S. Kienjcherf, Müller S.,

Rivinius

Anfang 19 1/2 Ende nach 22

I. Parfett 3,50 RM